

Umwelt- und Gesundheitsschutz bei Regierungswechsel

## Schwarze Pläne, schwärzere Aussichten

Die Unionsparteien haben in ihrem Regierungsprogramm Klartext gesprochen. Im Falle einer Regierungsübernahme wollen CDU/CSU in den nächsten vier Jahren „jede Maßnahme daran messen, ob sie Arbeitsplätze fördert“. Gut gemeint, doch kurzfristig gedacht und eine Katastrophe für die Umwelt.

Von Angelika Zahrnt

Für Deutschland bedeutet Merckels „Vorfahrt für Arbeit“ ein Zurück ins Atomzeitalter, die Förderung der Gentechnik, der Bau des Millionengrabs Transrapid, die Einschränkung der Bürgerrechte bei Planungsvorhaben und die weitere Belastung der Bürgerinnen und Bürger mit gefährlichen Chemikalien. Umwelt- und Gesundheitsschutz kommen bei CDU/CSU unter die Räder.

### Die Vorhaben von Merkel und Co im Einzelnen

Die Union will die Förderung von Erneuerbaren Energien reduzieren und die Laufzeiten von Atomkraftwerken verlängern, weil „ohne Kernenergie eine globale Lösung der Kohlendioxid-Problematik derzeit undenkbar“ sei. Damit ignoriert sie die Gefahren, die von der gefährlichen Atomtechnik und ihrem strahlenden Erbe ausgehen. Die Ankündigung, eine „offene Energie-Forschung“ zu fördern, die „nichts ausklammert“, lässt befürchten, dass bei einem Regierungswechsel der Anteil der Nuklear- und Nuklearfusionsforschung deutlich ausgebaut wird. Konkrete Klimaschutzziele setzt sich die Union nicht. Der Abbau umweltschädlicher Subventionen ist für die Union kein Thema.

Der Ökolandbau ist für die Union in einem Programm für die Jahre 2005 bis 2009 nicht erwähnenswert – also auch nicht dessen Förderung. Sie will, dass landwirtschaftliche Betriebe „wirtschaftlich erfolgreich“ sind. Im Falle eines Re-

gierungswechsel heißt das für Deutschland: Alles, was zu mehr Umwelt- und Tierschutz in der Landwirtschaft beiträgt, was eine Abkehr von industrieller Massenprodukten fördert und Arbeitsplätze auf dem Land erhält, wird verhindert. Ebenso klar ist die Richtung bei der Gentechnik: „Wir eröffnen den technologischen Spitzenfeldern der Zukunft in Deutschland die besten Entwicklungschancen: Bio- und Gentechnologie (...)“ CDU/CSU werden der Agro-Gentechnik zum Durchbruch verhelfen. Die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher, sich gentechnikfrei zu ernähren, gehört dann der Vergangenheit an.

Der Schutz der Gesundheit der Bevölkerung vor giftigen Chemikalien darf – so die Union – die Wirtschaft nicht belasten. CDU/CSU wollen „bürokratische EU-Regelungen“ wie die ausstehende Chemikalienverordnung zur Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien (REACH) „auf wirklich unumgängliche Regelungen beschränken.“ REACH soll die Belastungen durch schädliche Chemikalien reduzieren. Bei Umsetzung könnten allein im Gesundheitswesen langfristig über 50 Milliarden Euro eingespart werden, so die EU-Kommission. Über 300 synthetische Chemikalien in der Muttermilch sind der Union anscheinend nicht Anlass genug für eine Reform der Chemikalienpolitik. Dabei fördert REACH Innovationen bei sicheren Produkten und schafft Wettbewerbsvorteile.

In der Verkehrspolitik hat die Union nur ein Konzept: abbauen und zubauen.

Zum einen sollen Standards der Umweltverträglichkeitsprüfung, Naturschutzaufgaben und Mitbestimmungsrechte der Bürgerinnen und Bürger bei Planungsvorhaben abgebaut werden. Zum anderen wollen die Konservativen mehr Straßen bauen und ein Milliardengrab auf Stelzen – den Transrapid. Zukunftsfähige Mobilität ist der Union fremd.

Naturschutz soll, so die Union, künftig „mit Augenmaß“ erfolgen und „bezahlbar“ sein. So soll die Dokumentationspflicht von Unternehmen reduziert werden. Augenmaß bedeutet dann zum Beispiel für den Schutz unserer Gewässer: Es wird darüber hinweggesehen, wenn das Grundwasser, wenn Flüsse und Seen mit gefährlichen Stoffen belastet werden.

### Wenig Zukunft – viel Vergangenheit

Die Union spricht in ihrem Programm viel von Zukunft. Doch ihre Vorschläge weisen in die Vergangenheit. Für die Union ist Natur- und Umweltschutz ein Luxus, auf den man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten verzichten kann. Sie will weniger Natur- und Umweltschutz und erhofft sich – gegen alle Erfahrung – dadurch mehr Wachstum. Weniger Natur- und Umweltschutz schafft nicht mehr Arbeitsplätze, sondern bedroht unsere Gesundheit und die Lebensgrundlage künftiger Generationen.

#### AUTORIN + KONTAKT

Dr. Angelika Zahrnt ist Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND.

BUND,  
Am Köllnischen Park 1,  
10179 Berlin.  
Tel. 030/275864-0,  
E-Mail: bund@bund.net

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.